Tätergruppen

Elmar Habermeyer¹

Online publiziert: 23. März 2020

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2020

Bei der Schuldfähigkeits- und kriminalprognostischen Begutachtung geht es um die Auseinandersetzung mit Einzelfällen, die Ausarbeitung einer Delikthypothese, Zusammenhänge zwischen einer möglicherweise bestehenden psychischen Störung und der Delinquenz bzw. dem Rückfallrisiko der zu begutachtenden Person. Dieser stets individuelle Ansatz macht unser Fachgebiet reizvoll und abwechslungsreich. Allerdings sollten die jeweiligen Fälle auch in Bezug zu den empirischen Erkenntnissen über zugehörige Tätergruppen gesetzt werden. Nicht zuletzt durch den Abgleich von Überlegungen zum Einzelfall mit dem empirisch abgesicherten Wissen über zugehörige Tätergruppen wird der juristische Auftrag, eine fachspezifische Expertise zur Verfügung zu stellen, erfüllt. Aus diesem Grunde wurde der Entscheid getroffen, diese Ausgabe der *FPPK* dem Thema Tätergruppen zu widmen bzw. sich diesem Schwerpunktthema auf unterschiedlichen Wegen zu nähern:

Die ersten beiden Beiträge zum Schwerpunktthema befassen sich aus kriminologischer Perspektive mit Tätergruppen, zu denen es – aus letztlich gegensätzlichen Gründen – fundierter Informationen bedarf. Zunächst geht es um ein unterschätztes Thema: *Frau Leuschner* von der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden setzt sich mit den Deliktstrukturen, aber insbesondere auch den Hintergründen von Straftaten durch Frauen auseinander. Ihr Beitrag bietet eine sehr übersichtliche und informative Darstellung des Wissensstandes über die Straffälligkeit von Frauen und eine verlässliche Orientierungshilfe in diesem insgesamt vernachlässigten Bereich. Im Gegensatz zur Kriminalität von Frauen ist das Phänomen Jugendkriminalität immer wieder Gegenstand auch reißerischer Berichterstattungen. Vor diesem Hintergrund ist die Analyse der empirischen Daten hilfreich: Die Ausführungen des Zürcher Kriminologen *Dirk Baier* zur Entwicklung der Jugendkriminalität

im deutschsprachigen Raum stellen einen Anstieg von kriminellen Handlungen seit 2015 dar, erörtern dessen mögliche Ursachen und skizzieren Präventionsmöglichkeiten. Gleichzeitig macht der Beitrag deutlich, dass die in 2009 registrierten Deliktzahlen trotz des Anstiegs nicht wieder erreicht wurden, und dass kein Anlass zur Dramatisierung besteht.

Auch der kriminologische Journal Club passt zum Schwerpunktthema, denn *Frau Gräber und Frau Horten* aus Heidelberg referieren die Hintergründe, Ergebnisse und die Aussagekraft einer Studie zum Thema Polizeigewalt.

Es folgen 2 Beiträge, die sich aus psychologisch-psychiatrischer Perspektive mit Tätergruppen auseinandersetzen. Der Beitrag von *Frau Hörburger* und dem Autor dieser Zeilen befasst sich mit der Gruppe der Sexualstraftäter. Er bietet eine Übersicht über die Prävalenz paraphiler, aber auch Persönlichkeitsstörungen bzw. der Kombination entsprechender Störungsbilder bei Sexualdelinquenten. Die Ausführungen machen deutlich, dass solche Störungsbilder hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Einzelfall sorgfältig geprüft und bei der Behandlungsplanung berücksichtigt werden müssen. Deutlich wird aber auch, dass über diagnostische Überlegungen hinausgehend ein umfassendes Fallverständnis anzustreben ist, das auch psychosoziale Faktoren berücksichtigt. Dazu passt der psychiatrische Journal Club von *Herrn Voulgaris* aus Hamburg, der sich mit einer Studie befasst, die für eine Gefängnispopulation nachweisen konnte, dass auch ein an den individuellen Ressourcen ausgerichteter Behandlungsansatz zu einer Reduktion der Rückfälligkeit beitragen kann. Während die fachliche Auseinandersetzung mit Sexualdelinquenten eine lange Tradition hat, wird die fachliche Diskussion um terroristische Gewaltstraftäter und insbesondere um die in hiesigen Regionen besonders relevanten Einzeltäter erst seit 2001 intensiver geführt. Der englischsprachige Text von *A. Guldimann* aus Zürich und *R. Meloy* aus San Diego befasst sich mit extremistischen Straftätern und den Möglichkeiten, deren Gewaltisiko strukturiert zu erfassen. Die Auseinandersetzung mit den im Beitrag skizzierten Warnsignalen eröffnet einen Zugang zu Denk- und Verhaltensstilen besonders risikobehafteter Personen. Eines der skizzierten

✉ Prof. Dr. med. Elmar Habermeyer
elmar.habermeyer@puk.zh.ch

¹ Klinik für Forensische Psychiatrie, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Lenggstraße 31, 8032 Zürich, Schweiz

Risikomerkmale ist das Vorliegen einer psychischen Störung, was Gelegenheit gibt, auf das Blitzlicht von *H. L. Kröber* zu verweisen, der auf die diagnostisch fassbaren Hintergründe der Tötungsdelikte in Hanau eingeht und auf diese Weise die Ausführungen von Guldemann und Meloy im Hinblick auf eine Tätergruppe ergänzt, die ihre vermeintlich politisch motivierten Straftaten infolge einer schweren Erkrankung und letztlich aus einer wahnhaften Motivation heraus begeht.

Im den finalen Beiträgen zum Schwerpunktthema geht es um das Thema häusliche Gewalt. Zunächst befassen sich *Chiara Krause et al.* mit der Intimpartnergewalt. Die von ihnen referierten Zahlen machen deutlich, dass dieses Thema kriminologisch, aber auch forensisch-psychiatrisch von hoher Bedeutung ist. Schließlich sind sowohl auf Täter- als auch Opferseite psychische Störungen relevant. Das Thema Intimpartnergewalt als Variante der häuslichen Gewalt steht außerdem auch in Verbindung mit anderen in dieser Ausgabe adressierten Tätergruppen. Der Beitrag von *Frau Leuschner* befasst sich nämlich mit der oftmals vernachlässigten Bedeutung weiblicher Täter in diesem Kontext. Außerdem wissen wir spätestens seit den Untersuchungen von Caspi et al. (2002), dass Gewalterfahrungen im Familienkontext auch für die von *Herrn Baier* dargestellt Jugendgewalt bedeutsam ist. Daher erscheint im Hinblick auf die Primärprävention von Gewaltdelikten sinnvoll, das Phänomen häuslicher Gewalt in all seinen Facetten, d.h. auch hinsichtlich gewalttätiger Erziehungsmethoden als Problem zu adressieren. Insofern rundet die Originalarbeit von *Herrn Treuthardt und Frau Kröger* aus Zürich das Schwerpunktthema bestens ab. Die Autoren erläutern die theoretischen Grundlagen eines Lernprogramms für häusliche Gewaltstraftäter und setzen sich mit dessen Behandlungseffekten auseinander. Dabei wird deutlich, dass Lernprogramme einen Beitrag zur Prävention erneuter einschlägiger Handlungen leisten können.

Ein weiterer Punkt, der unser Fachgebiet spannend macht, sind die oftmals sehr lebhaft geführten Debatten um eingesetzte Verfahren, Standards und Konzepte. Dabei werden unterschiedliche, z.T. auch durch die verschiedenen beruflichen Hintergründe geprägte Haltungen und Positionen sichtbar, die um Anerkennung ringen. Der Autor dieser Zeilen ist der Auffassung, dass diese Debatten gerade im interdisziplinären Kontext nicht nur belebend, sondern ausgesprochen sinnvoll sind. Es ist wichtig, (vermeintlich) Bewährtes, aber auch Neues zur Diskussion zu stellen, unterschiedlichen Positionen Raum zu geben und deren Berechtigung – gern auch kontrovers – zu diskutieren. Ein Jahr nach dem Schwerpunktheft zum Thema Viktimologie, Zeugenschaft und Glaubhaftigkeit (Ausgabe 02/2019) wird die dort lebhaft geführte Diskussion über die Bedeutung der Aussagepsychologie wieder aufgenommen. Mit *Herrn Steller* aus Berlin schaltet sich einer der

Nestoren dieses Gebietes in die Debatte ein. Sein Beitrag adressiert die in Beiträgen des damaligen Schwerpunkthefts formulierte Kritik an der Aussagepsychologie und nimmt sie zum Anlass, die Methodik der zugehörigen Begutachtung zu erläutern. Steller verwehrt sich außerdem energisch gegen den Vorwurf, dass die aussagepsychologische Vorgehensweise den Opferinteressen entgegenstehe bzw. Opfer unnötig belaste, und betont den Stellenwert der von ihm geprägten gutachterlichen Disziplin.

Ähnlich intensiv gestritten wird seit Jahren über die Wertigkeit der psychiatrischen Klassifikationssysteme. Diese Debatte wird in der Schweiz, in der es schon bei der letzten Reform des Strafgesetzbuches Bemühungen gab, den Begriff der „schweren psychischen Störung“ als Eingangsmerkmal der psychiatrischen Therapiemaßregeln zu streichen (Schweizerischer Bundesrat 2005), sehr lebhaft geführt und mit den Beiträgen von *Bernd Borchard und Juliane Gerth* bzw. *Elmar Habermeyer, Andreas Mokros und Peer Briken* auch der deutschen und österreichischen Leserschaft nahegebracht. Borchard und Gerth aus Zürich vertreten dabei die Haltung, dass ICD-10 und DSM-5 für die forensische Arbeit nur eingeschränkt sinnvoll nutzbar sind und durch ein spezifisches forensisches Diagnoseinstrument ergänzt bzw. gar ersetzt werden müssen. Die letztgenannte Autorengruppe vertritt die Position, dass die empirisch abgestützten, im Zuge regelmäßiger Revisionen fortlaufend angepassten diagnostischen Standards insbesondere für die therapeutische Arbeit im forensischen Kontext alternativlos sind.

Das Ringen um die Berechtigung dieser Positionen ist keinesfalls eine akademische Übung bzw. von nur theoretischem Interesse. Schließlich haben Ende 2019 zwei Urteile des Schweizerischen Bundesgerichts (6B_933/2018 vom 3.10.2019 und 6B_828/2019 vom 5.11.2019), der Argumentation von Borchard und Gerth folgend, in enger Beziehung zu Straftaten stehende Risikomerkmale (Dominanzfokus, Vergewaltigungsdisposition) mit einer schweren psychischen Störung gleichgesetzt und mit ihnen trotz Fehlen einer Diagnose nach ICD-10 und DSM-5 die Anordnung einer Behandlungsmaßnahme begründet. Vor der Entwicklung einer solchen „forensischen Psychiatrie ohne Diagnosen“ wurde schon im Kontext der Debatte um die therapeutische Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung gewarnt (de Tribolet). Der in den schweizerischen Urteilen deutlich werdende Umgang mit sowohl dem diagnostischen Begriff der „psychischen Störung“ als auch dem quantifizierenden Merkmal der Schwere ist mit der Gefahr der Auflösung fachlicher Kompetenzbereiche verbunden, was die psychowissenschaftlichen Fächer instrumentalisierbar macht.

Zwar gründet die Psychopathologie auf den gesamten Erfahrungsbereich über die pathologischen und normvarianten seelischen Phänomene sowie über das damit kontrastierende gesunde Seelenleben (Jaspers 1973; Saß 2003).

Daher gibt es kein fachliches Argument gegen eine weiterführende psychiatrische Beschäftigung mit dem Problemfeld der rezidivierenden Delinquenz und möglicher persönlichkeitsgebundener Ursachen. Zu Recht beteiligen sich forensische Psychiater, Psychologen und Kriminologen mit ihren unterschiedlichen, aber auch gemeinsamen Kompetenzen an der Erarbeitung von Modellen, die ein vertieftes Verständnis von Delinquenz und deren Ursachen ermöglichen. Wenn dies deliktpräventive Unterstützungs- bzw. Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, ist das nur zu begrüßen. Man sollte entsprechende Unterstützung auch niederschwellig anbieten. Im Kontext von gerichtlich angeordneten Maßregeln geht es aber um z.T. auch zeitlich unbegrenzte staatliche Eingriffe in grundlegende Freiheitsrechte, die auf einer möglichst soliden fachlichen Basis stehen sollten. Therapeutische Maßnahmen gegen den Willen Betroffener anzuordnen und auch anzuwenden, ist aus Sicht des Autors dieser Zeilen nur dann gerechtfertigt, wenn Betroffene wegen einer schweren Störung nicht in der Lage sind, ihr für die Allgemeinheit gefährliches Verhalten ohne Therapie an die rechtlichen Vorgaben anzupassen. Diagnosen haben daher für gegen den Willen betroffener Personen und unter freiheitseinschränkenden Bedingungen durchzuführende Behandlungen eine entscheidende, auch ethische Bedeutung (de Tribolet-Hardy et al. 2015).

Außerdem sollten auch die Grenzen des fachlich Machbaren im Blick behalten werden: Schon 1880 forderte Kraepelin in seiner Schrift zur „Abschaffung des Strafmaßes“ (Kraepelin 2001), die Strafanstalten zu Behandlungseinrichtungen zu machen, die eine „sittliche Wiedergenesung“ der Insassen zum Ziel haben. Dass dieses Thema nach mittlerweile 140 Jahren immer noch Stoff für Kontroversen ist, belegt eindrücklich, dass es wesentlich komplexer ist – und wohl auch bleibt – als damals gedacht. Kriminalität ist und bleibt eine soziale Normabweichung, die kriminologisch erschlossen, hinsichtlich ihrer seelischen und psychopathologischen Hintergründe psychologisch/psychiatrisch abgeklärt und ggf. auch mit therapeutischen Mitteln adressiert werden kann. Dass dabei Risikofaktoren für eine zukünftige

Rückfälligkeit berücksichtigt werden sollen, ist selbstverständlich. Allerdings ist die Orientierung an Risikomerkmalen keineswegs der einzig mögliche bzw. ausschließlich relevante Behandlungsansatz. Zu erinnern sei in diesem Zusammenhang an die Beiträge zum Schwerpunktthema Straftäterbehandlung in der letzten Ausgabe der *FPPK*.

Ohnehin ist es weder berechtigt, noch sinnvoll oder gar zukunftsweisend, multimodale Behandlungsansätze gegen diagnostische Standards auszuspielen. Dies wäre genauso fatal, wie die Auseinandersetzung mit dem individuellen Fall ohne eine Berücksichtigung der empirischen Erkenntnisse zur zugehörigen Tätergruppe. Es bleibt zu hoffen, dass auch die Inhalte der nun vorliegenden Ausgabe der *FPPK* dieses Plädoyer für ein an den Bedürfnissen bzw. Gegebenheiten des jeweils vorliegenden Begutachtungs- oder Behandlungsfalles ausgerichtetes Abgleichen von kreativ-individualisierten Ansätzen mit empirischen Erkenntnissen und diagnostischen sowie Behandlungsleitlinien nachvollziehbar machen.

Interessenkonflikt E. Habermeyer gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Literatur

- Caspi A, McClay J, Moffit TE (2002) Role of genotype in the cycle of violence by maltreated children. *Science* 297:851–854
- Jaspers K (1973) *Allgemeine Psychopathologie*, 9. Aufl. Springer, Berlin Heidelberg New York
- Kraepelin E (2001) *Kriminologische und forensische Schriften*. Belleville, München
- Saß H (2003) Persönlichkeitsbegriff und Menschenbild in der Forensischen Psychiatrie. In: Dölling D (Hrsg) *Jus humanum. Grundlagen des Rechts und Strafrechts*. Duncker & Humblot, Berlin, S 183–198
- Schweizerischer Bundesrat (2005) Botschaft zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März. 29. Juni 2005
- de Tribolet-Hardy F, Lehner C, Habermeyer E (2015) Forensische Psychiatrie ohne Diagnosen – Begriff der Psychischen Störung im Kontext der Sicherungsverwahrung. *Forens Psychiatr Psychol Kriminol* 9:164–170